

**Wahlprogramm
Die Linke Marzahn-Hellersdorf
zur Wahl für die
Bezirksverordnetenversammlung
2026 – in einfacher Sprache**



Bezirksverband
Marzahn-Hellersdorf

Das ist das Wahl-Programm der Die Linke.
Die Linke ist eine politische Partei.
Das Wahl-Programm gilt für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf in Berlin.
Die Wahl ist für die Bezirksverordnetenversammlung 2026.
Diese nennt man auch BVV.
Die Mitglieder der BVV nennt man Bezirksverordnete.

Eine BVV ist das Bezirks-Parlament von Marzahn-Hellersdorf.
BVV bedeutet: Bezirks-Verordneten-Versammlung.
Ein Parlament ist eine Versammlung von gewählten Vertretern.
Die Vertreter machen Regeln für den Bezirk.
Die BVV besteht aus 55 Personen.
Diese Personen kommen aus verschiedenen Parteien.

Die Bürger und Bürgerinnen wählen diese Personen.
Die Wahl findet am 20. September 2026 statt.
Die BVV entscheidet über wichtige Dinge im Bezirk.
Zum Beispiel entscheidet die BVV über Schulen.
Die BVV entscheidet auch über Grün-Anlagen und Parks.
Die BVV entscheidet auch über Kultur-Angebote.
Kultur-Angebote sind Dinge wie Museen oder Theater.

Die BVV entscheidet auch über Stadt-Entwicklung.
Stadt-Entwicklung bedeutet: Eine Stadt wird geplant und verändert.
Zum Beispiel werden neue Häuser, Straßen oder Parks gebaut.
Die BVV prüft auch den Bezirks-Haushalts-Plan.
Der Bezirks-Haushalts-Plan zeigt: So viel Geld hat der Bezirk.
Der Plan zeigt auch: So gibt der Bezirk das Geld aus.

Die BVV kontrolliert das Bezirks-Amt.
Das Bezirks-Amt ist die Verwaltung des Bezirks.
Dort arbeiten Menschen, die den Bezirk leiten.
Die BVV stellt Anträge an das Bezirks-Amt.
Ein Antrag bedeutet: Die BVV fordert etwas.
Die BVV gibt dem Bezirks-Amt auch Empfehlungen.

Eine Empfehlung bedeutet: Die BVV schlägt etwas vor.
Die BVV kann nicht alles selbst entscheiden.
Viele Entscheidungen trifft das Land Berlin.
Andere Entscheidungen trifft das Bezirks-Amt.

In diesem Programm steht:

Was Die Linke für Marzahn-Hellersdorf plant.
Wie sie den Bezirk besser machen will.
Für wen sie sich einsetzen will.

Vorwort

Die Linke will einen besseren Bezirk für alle Menschen.
Sie setzt sich für soziale Gerechtigkeit ein.
Das bedeutet: Alle Menschen sollen gut leben können.
Niemand soll arm oder allein gelassen werden.
Die Linke will, dass alle Menschen mitbestimmen können.
Die Linke kämpft für eine bessere Gesellschaft.

In dieser Gesellschaft soll kein Kind in Armut leben.
Alle Menschen sollen in Frieden und Würde leben.
Die Linke nennt das: demokratischer Sozialismus.
Das bedeutet: Alle Menschen entscheiden gemeinsam.
Wohnen ist für Die Linke sehr wichtig.
Alle Menschen sollen sich ihre Wohnung leisten können.

Die Linke will die Mieten begrenzen.
Das nennt man Mieten-Deckel.
Ein Mieten-Deckel bedeutet: Die Mieten dürfen nicht zu hochsteigen.
Neue Wohnungen allein reichen nicht.
Es braucht auch Kitas, Schulen und Arzt-Praxen.
Auch Einkaufs-Möglichkeiten und Grün-Flächen sind wichtig.

Die Linke will alles zusammen planen.
Die Menschen sollen dabei mitbestimmen.

Stadt-Entwicklung für die Menschen

Der Bezirk entwickelt sich weiter.
Der Bezirk soll auch gestaltet werden.
Die Linke will, dass alle Menschen dabei mitmachen.
Niemand soll übergangen werden.
Die Linke will früh mit den Menschen reden.
Pläne sollen gemeinsam gemacht werden.

Infrastruktur bedeutet: Schulen, Kitas, Straßen und mehr.
Marzahn-Hellersdorf wurde klug geplant.
Es gibt viel Grün und gute Wege.
Das soll so bleiben.
Kein Bauprojekt soll die Grün-Flächen zerstören.
Investoren müssen sich an Infrastruktur beteiligen.

Die Linke will öffentliche Flächen sichern.
Wälder, Seen und Plätze gehören allen Menschen.
Leerstehende Einkaufs-Center sollen sinnvoll genutzt werden.
Sie sollen nicht einfach abgerissen werden.

Einzelne Bau-Projekte im Bezirk

Die Linke hat zu mehreren Bau-Projekten eine Meinung.
Sie setzt sich für die Interessen von Anwohnerinnen und Anwohner ein.
Anwohnerinnen und Anwohner sind: Menschen, die in der Nähe wohnen.

Am Helene-Weigel-Platz sollen neue Hoch-Häuser gebaut werden.
Die Linke ist dagegen.
Sie will, dass die Anwohnerinnen und Anwohner mitbestimmen.
Die Versorgung vor Ort soll besser werden.
Das umfasst Arzt-Praxen, Kita-Plätze und Schul-Plätze.

An der Kleeblatt-Passage sollen Gebäude abgerissen werden.
Neue, höhere Gebäude sollen entstehen.
Die Linke will die Gebäude-Höhe begrenzen.
Die geplanten Neu-Bauten sind zu groß für das Wohn-Gebiet.

Das Tal-Center soll abgerissen werden.
Hunderte neue Wohnungen sollen gebaut werden.
Die Linke will zuerst die Menschen befragen.
Erst dann soll gebaut werden.

Die Bowling-Bahn am Feldberger Ring soll für Luxus-Wohnungen abgerissen werden.
Die Linke will die Bowling-Bahn erhalten.
Sie könnte unter Denkmal-Schutz gestellt werden.
Denkmal-Schutz bedeutet: Das Gebäude darf nicht abgerissen werden.
Dazu hat die BVV hat einen Beschluss gefasst.
Die meisten Bezirksverordneten waren dafür.
Deshalb gilt dieser Beschluss.

Am Cecilien-Platz kümmern sich die Eigentümer nicht um ihre Grundstücke.
Das ist für die Anwohnerinnen und Anwohner schlimm.
Die Linke will die Eigentümer zum Bauen verpflichten.
Falls das nicht klappt, soll das Land Berlin einspringen.

Wohnen ist ein Recht

Jeder Mensch hat das Recht auf eine Wohnung.
Die Linke will, dass die Mieten bezahlbar bleiben.
Neue bezahlbare Wohnungen sollen gebaut werden.
Wohnungs-Genossenschaften sind wichtige Partner dabei.
Eine Wohnungs-Genossenschaft: ist eine Gruppe von Menschen, die gemeinsam Wohnungen besitzen und verwalten.

Ein Mieten-Deckel soll die Mieten begrenzen.
Die Mieten der städtischen Wohnungs-Unternehmen sollen maximal 1 Prozent pro Jahr steigen.
Städtische Wohnungs-Unternehmen gehören dem Land Berlin.
Die Linke nennt sie Landes-Eigene Wohnungs-Unternehmen.
Sie sollen mehr in Spiel-Flächen und Grün investieren.
Die Mieter-Beratung soll ausgebaut werden.

In jedem Stadtteil-Zentrum soll es kostenlose Beratung geben.
Das Wohnungs-Amt braucht mehr Personal.
Es soll Anzeigen wegen zu hoher Mieten verfolgen.
Es soll keine Zwangs-Räumungen aus Wohnungen und Strom-Sperren mehr geben.
Zwangs-Räumung bedeutet: Jemand muss zwangsweise seine Wohnung verlassen.
Strom-Sperre bedeutet: Der Strom wird abgestellt, weil jemand nicht zahlen kann.

Die Linke will das verhindern.
Die Menschen sollen nicht einfach aus ihrer Wohnung geworfen werden.
Manche Menschen können ihre Miete nicht bezahlen.
Diese Menschen brauchen Hilfe.
Dafür gibt es Beratungs-Stellen.
Eine Beratungs-Stelle ist ein Büro mit Fach-Leuten.

Fach-Leute sind Menschen mit viel Wissen und Erfahrung.
Die Fach-Leute helfen bei Problemen.
Eine Beratungs-Stelle heißt: Mieter-und-Sozial-Beratung.
Die Mieter-und-Sozial-Beratung hilft bei Wohnungs-Problemen.
Zum Beispiel wenn man seine Miete nicht bezahlen kann.
Eine andere Beratungs-Stelle heißt: Schulden-Beratung.

Schulden bedeutet: Man hat mehr Geld ausgegeben als man hatte.
Dieses Geld muss man zurückzahlen.
Die Schulden-Beratung hilft dabei.
Marzahn-Hellersdorf hat die meisten Strom-Sperren in Berlin.
Das ist gefährlich, besonders für Kinder und kranke Menschen.
Strom- und Gas-Sperren sollen verboten werden.

Die Energie-Kosten sollen vollständig übernommen werden.
Die Linke will Marzahn-Hellersdorf für alle bezahlbar machen.
Armut trennt Menschen von der Gesellschaft.
Die Linke will Armut bekämpfen.
Besonders Kinder-Armut ist ihr wichtig.
Arme Kinder haben schlechtere Chancen.

Das soll sich ändern.
Die Linke will eine armutsfeste Grund-Sicherung.
Grund-Sicherung ist Geld vom Staat für Menschen ohne ausreichendes Einkommen.
Der Regel-Satz soll mindestens 813 Euro betragen.
Die aktuelle Grund-Sicherung ist zu niedrig.
Sanktionen sollen abgeschafft werden.
Sanktionen bedeutet: Der Staat kürzt das Geld als Strafe.

Clearing-Stellen helfen Menschen beim Job-Center.
Sie helfen freiwillig und ohne Strafen.
Sie unterstützen bei Schulden, Sucht und Wohn-Problemen.
Die Linke will mehr solcher Stellen.

Soziale Infrastruktur im Bezirk

Soziale Infrastruktur bedeutet: Einrichtungen, die Menschen helfen.
Dazu gehören Stadtteil-Zentren und Beratungs-Stellen.
Auch Schulden-Beratung und Mieter-Beratung sind gemeint.
Diese Einrichtungen müssen dauerhaft finanziert werden.
Stadtteil-Zentren sind wichtige Treffpunkte.
Sie bieten Angebote für Gemeinschaft und gegen Einsamkeit.

Die Finanzierung soll verpflichtend sein.
Das bedeutet: Das Land Berlin muss das bezahlen.

Kiez-Kantinen

Die Linke will Kiez-Kantinen in allen Berliner Bezirken.
Dort soll es jeden Tag frisches, warmes Essen geben.
Das günstigste Gericht soll nur 3 Euro kosten.
So soll jeder Mensch sich eine warme Mahlzeit leisten können.
Die Kantinen sollen auch Treffpunkte für alle sein.

Verwaltung verbessern

Eine gute Verwaltung ist sehr wichtig.
Besonders arme Menschen brauchen funktionierende Ämter.
Alle Bürger-Ämter im Bezirk sollen erhalten bleiben.
Es soll auch ein mobiles Bürger-Amt geben.
Online-Dienste sollen ausgebaut werden.
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ämtern sollen besser bezahlt werden.

Flexible Arbeits-Zeiten und Home-Office sollen Standard sein.
Aber nur, wenn das möglich ist.
Das bedeutet: Man kann auch von zu Hause aus arbeiten.
Gute Arbeits-Bedingungen helfen, Personal zu gewinnen.

Katastrophen-Schutz

Katastrophen-Schutz bedeutet: Vorbereitung auf große Notfälle.
Im Notfall soll niemand allein gelassen werden.
Besonders arme, alte oder kranke Menschen brauchen Hilfe.
Das Bezirks-Amt Marzahn-Hellersdorf ist noch nicht gut vorbereitet.
Die Linke will das ändern.

Familien unterstützen

Die Linke unterstützt alle Familien-Formen.
Das gilt auch für Allein-Erziehende und Regen-Bogen-Familien.
Regen-Bogen-Familien: sind Familien mit gleichgeschlechtlichen Elternteilen.
Alle Familien sollen die Hilfe bekommen, die sie brauchen.
Allein-Erziehende haben es oft besonders schwer.
Sie sollen mehr Unterstützung bekommen.

Kinder-Betreuung soll auch außerhalb der normalen Zeiten möglich sein.
So können Allein-Erziehende besser arbeiten gehen.

Kinder- und Jugend-Hilfe braucht verlässliche Strukturen.
Das Geld für Jugend-Clubs muss auch wirklich dort ankommen.
Alle Angebote sollen von qualifizierten Fachkräften geleistet werden.
Die Linke will faire Löhne in der Jugend-Arbeit.

Kinder-Schutz

Kinder sollen vor Gewalt geschützt werden.
Alle Einrichtungen für Kinder brauchen Schutz-Konzepte.
Schutz-Konzepte erklären, wie Kinder sicher bleiben.
Kinder und Jugendliche sollen dabei mitbestimmen.

Demokratie verteidigen

Die Linke steht für eine offene und vielfältige Gesellschaft.
Demokratie bedeutet: alle Menschen haben gleiche Rechte.
Die Linke kämpft gegen Rassismus und Hass.
Sie will eine starke anti-faschistische Gesellschaft.
Anti-faschistisch bedeutet: Gegen Nazis und Rechts-Extremismus.
Die Linke will keine Zusammenarbeit mit der Partei AfD.

Das gilt für alle Abstimmungen im Bezirks-Parlament.
Beratungs-Angebote für Opfer rechter Gewalt sollen gestärkt werden.
Programme gegen Radikalisierung sollen ausgebaut werden.
Radikalisierung bedeutet: Jemand entwickelt extreme Ansichten.

Gegen Antisemitismus und Rassismus

Antisemitismus bedeutet: Feindlichkeit gegen jüdische Menschen.
Rassismus bedeutet: Menschen wegen ihrer Herkunft benachteiligen.
Die Linke will eine Beauftragte Stelle gegen Antisemitismus.
Diese Stelle soll Betroffenen helfen.
Sie soll auch Institutionen gegen Antisemitismus stärken.
Im Bezirk gibt es Straßen mit antisemitischen Namen.

Eine Kommission soll sich diese Namen ansehen.
Die Bürgerinnen und Bürger sollen dabei mitmachen.
Manche Straßen könnten umbenannt werden.

Mitbestimmung im Bezirk

Die Menschen sollen früh über Pläne informiert werden.
Bau-Pläne sollen auch außerhalb des Rathauses ausgehängt werden.
Einwohner-Versammlungen sollen regelmäßig stattfinden.
Der Bürger-Haushalt soll weitergeführt werden.
Bürger-Haushalt bedeutet: Bürgerinnen und Bürger schlagen vor, wofür Geld ausgegeben wird.

Feminismus und Geschlechter-Gerechtigkeit

Die Linke kämpft für gleiche Rechte aller Geschlechter.
Frauen- und Mädchen-Projekte sollen geschützt werden.
Es soll mehr Zuflucht-Wohnungen für Frauen geben.

Zuflucht-Wohnungen sind sichere Orte für Frauen in Not.
Ein eigenes Frauen-Haus soll im Bezirk eingerichtet werden.
Die Linke setzt sich für LSBTIQ-Rechte ein.

LSBTIQ steht für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans-, Inter- und Queer-Menschen.
Queere Jugend-Arbeit soll gezielt gefördert werden.
Der Plan gegen Homo- und Trans-Feindlichkeit soll umgesetzt werden.

Bezirk des Friedens und der Erinnerung

Die Linke will, dass der Bezirk für Frieden steht.
Erinnerungs-Orte und Gedenkstätten sollen gepflegt werden.
Wir erinnern an jüdisches Leben im Bezirk.
Wir erinnern an den Widerstand gegen die Nazis.
Sogenannte Stolper-Steine sollen weiter sichtbar bleiben.
Stolper-Steine sind kleine Steine im Geh-weg.

Oben auf dem Stolper-Stein ist eine Messing-Platte.
Messing ist ein Metall mit gold-gelber Farbe.
Deshalb sind die Platten gut zu sehen.
Auf der Platte steht der Name einer Person und auch wichtige Daten.
Das sind zum Beispiel das Geburts-Datum und das Todes-Datum.
Stolper-Steine sind Gedenk-Steine.

Gedenk-Steine sollen an Menschen erinnern.
Der Name Stolper-Stein hat eine besondere Bedeutung.
Man soll nicht wirklich stolpern.
Man soll aber innehalten.
Eine Partei namens NSDAP regierte Deutschland von 1933 bis 1945.
Diese Partei glaubte: Manche Menschen sind besser als andere.
Deshalb wurden viele Menschen verfolgt und getötet.

Die Linke ist gegen Militarisierung des öffentlichen Lebens.
Militarisierung bedeutet: Militär und Kriegs-Denken werden immer wichtiger.
Die Bundes-Wehr soll nicht in Schulen werben.
Schule soll ein Ort für Bildung und Frieden sein.
Menschen, die den Kriegs-Dienst verweigern, sollen Unterstützung bekommen.

Bildung und Ausbildung

Gute Bildung soll für alle Kinder kostenlos sein.
Das gilt unabhängig davon, wieviel die Eltern verdienen.
Alle Kinder sollen die gleichen Chancen haben.
Dazu gehören Kita, Schule, Mittagessen und Schüler- und Azubi-Ticket.

Kitas verbessern

Kitas sind wichtige Bildungs-Einrichtungen.
Sie brauchen genug Personal und gute Räume.
Für Kinder von 0 bis 3 Jahren soll es eine Fachkraft auf 3 Kinder geben.
Für Kinder ab 4 Jahren soll es eine Fachkraft auf 6 Kinder geben.

Alle Kinder sollen individuelle Sprach- und Vorschul-Förderung bekommen.
Kinder-Tages-Stätten brauchen Sozial-Arbeiterinnen.

Sie helfen Familien in schwierigen Situationen.
Kinder-Tages-Stätten brauchen auch Psychologinnen.
Sie helfen Kindern bei Gefühlen und Gedanken.

Gemeinschafts-Schulen stärken

Gemeinschafts-Schulen sind Schulen, die alle Kinder gemeinsam unterrichten.
Dort lernen Kinder aller Herkunft und Leistung zusammen.
Neue Schulen sollen als Gemeinschafts-Schulen geplant werden.
So werden Chancen gerechter verteilt.

Lehrer-Mangel beenden

In vielen Schulen fehlen Lehrkräfte.
Es braucht mehr Studien-Plätze für Lehr-Berufe.
Lehrerinnen und Lehrer sollen besser bezahlt werden.
Schulen brauchen auch Sozial-Arbeiterinnen, Lern-Therapeuten und Psychologinnen.
Lern-Therapeuten helfen Menschen beim Lernen.
Ein Lern-Therapeut ist ein ausgebildeter Helfer.

Er kennt sich mit Lern-Problemen gut aus.
Er zeigt Menschen besondere Übungen.
So lernen diese Menschen Schritt für Schritt besser.

Schulen bauen und sanieren

Viele Schulen im Bezirk sind in schlechtem Zustand.
Sie müssen dringend saniert werden.
Saniert bedeutet: Repariert und erneuert.
Außerdem braucht der Bezirk neue Schulen.
Es ziehen immer mehr Familien mit Kindern zu.
Schulen sollen auch digitale Ausstattung bekommen.

Alle Schülerinnen und Schüler sollen Internet nutzen können.
Lehrkräfte sollen Weiter-Bildungen zur Digitalisierung bekommen.
IT-Fachkräfte sollen in allen Schulen arbeiten.

Ausbildung stärken

Alle Jugendlichen im Bezirk sollen eine Berufs-Perspektive haben.
Es soll genug Ausbildungs-Plätze geben.
Besonders für Pflege-Berufe wird ein neues Oberstufenzentrum gebraucht.
Oberstufenzentrum bedeutet: Eine Berufs-Schule für einen bestimmten Bereich.
Auch das Bezirks-Amt soll selbst mehr ausbilden.

Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche

Junge Menschen sollen im Bezirks-Parlament mitbestimmen dürfen.

Das Kinder- und Jugend-Parlament soll unterstützt werden.
Schülerinnen und Schüler sollen ein eigenes Budget haben.
Budget bedeutet: Geld, das sie selbst ausgeben können.
So können sie ihre Schule mitgestalten.

Mobilität in Marzahn-Hellersdorf

Verkehrs-Politik ist Sozial-Politik.
Das bedeutet: Mobilität betrifft alle Menschen gleich.
Die Linke will gute Busse und Bahnen für alle.
Busse und Bahnen nennt man zusammen ÖPNV.
ÖPNV steht für Öffentlicher Personen-Nah-Verkehr.
Die S-Bahn soll häufiger fahren.

Besonders die Linie S5 soll verdichtet werden.
Verdichtet bedeutet: Die Züge fahren öfter.
Bahnhöfe sollen barrierefrei umgebaut werden.
Barrierefrei bedeutet: Auch Menschen mit Behinderungen können sie nutzen.
Die Straßenbahn soll öfter fahren.
Die Linien M6, 18, 62 und 63 sollen verdichtet werden.

Die Linie 63 soll bis Mahlsdorf verlängert werden.
Auch neue Straßenbahn-Strecken sollen gebaut werden.
Der Rad-Verkehr soll ausgebaut werden.
Mehr und sichere Rad-Wege sollen entstehen.
Eine schnelle Rad-Verbindung entlang der Landsberger Allee soll gebaut werden.
An Bahnhöfen sollen mehr Fahrrad-Abstell-Plätze entstehen.

Fußgängerinnen und Fußgänger brauchen sichere Gehwege.
Viele Gehwege sind alt und kaputt.
Sie sollen dringend repariert werden.
Mehr Zebrastreifen und Ampeln sollen gebaut werden.

Integration und Migration

Die Linke verteidigt das Recht auf Flucht und Zuwanderung.
Geflüchtete Menschen sollen gut in den Bezirk integriert werden.
Integration bedeutet: Menschen werden Teil der Gesellschaft.
Sie sollen Zugang zu Arbeit, Bildung und Beratung bekommen.
Sprach-Kurse sollen kostenlos und ausreichend vorhanden sein.
Beratungs-Stellen für Asyl und Aufenthalt brauchen mehr Mittel.

Asyl bedeutet: Schutz für Menschen, die fliehen mussten.
Geflüchtete sollen nicht in großen Massen-Unterkünften leben müssen.
Sie sollen Zugang zu normalen Wohnungen haben.

Inklusion leben

Inklusion bedeutet: Alle Menschen nehmen gleichberechtigt teil.
Das gilt auch für Menschen mit Behinderungen.
Gehwege und Verkehrs-Mittel sollen barrierefrei sein.
Alle öffentlichen Gebäude sollen barrierefrei zugänglich sein.
Behörden sollen auch in einfacher Sprache kommunizieren.

Gesundheits-Politik

Gesundheit soll nicht vom Profit abhängen.
In Marzahn-Hellersdorf fehlen viele Ärztinnen und Ärzte.
Neue Arzt-Praxen sollen im Bezirk entstehen.
Keine neuen Wohnungs-Projekte ohne neue Praxis-Räume.
Mobile Arzt-Praxen sollen eingerichtet werden.
So können alte und kranke Menschen besser versorgt werden.

Der Öffentliche Gesundheits-Dienst soll gestärkt werden.
Das Gesundheits-Amt braucht mehr Personal.
Pflege bezahlbar machen
Pflege in Heimen kostet immer mehr.
Das belastet die Bewohnerinnen und Bewohner.
Die Linke will ein Pflege-Wohngeld einführen.

Pflege-Wohngeld bedeutet: Der Staat zahlt einen Teil der Pflege-Kosten.
Langfristig soll eine vollständige Pflege-Versicherung eingeführt werden.

Selbstbestimmt im Alter

Ältere Menschen sollen selbstbestimmt in Marzahn-Hellersdorf leben.
Sie brauchen barrierefreie und bezahlbare Wohnungen.
Immer mehr ältere Menschen verarmen.
Die Linke will Alters-Armut bekämpfen.
Ältere Menschen sollen über ihre Ansprüche informiert werden.
Viele nehmen Leistungen nicht in Anspruch, obwohl sie ihnen zustehen.

Zum Beispiel Grundsicherung im Alter oder Wohngeld.
Grundsicherung im Alter bedeutet: Geld vom Staat für arme Rentnerinnen und Rentner.
Ein Senioren-Shuttle soll eingeführt werden.
Das ist ein Fahr-Dienst für Arzt-Besuche und Einkäufe.
Digitale Schulungen für ältere Menschen sollen kostenlos angeboten werden.
Generationen-übergreifende Projekte sollen ältere und jüngere Menschen verbinden.

Umwelt- und Klimaschutz

Umwelt-Schutz und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen.
Alle Menschen sollen Zugang zu Grün-Flächen haben.
Besonders in armen Kiezen soll es mehr Grün geben.
Das Wuhletal soll als Landschafts-Schutz-Gebiet ausgewiesen werden.
Landschafts-Schutz-Gebiet bedeutet: Die Natur wird besonders geschützt.
Kleingarten-Anlagen sollen langfristig gesichert werden.

Grün-Flächen in den Groß-Siedlungen sollen erhalten bleiben.
Neue Straßen-Bäume sollen in heißen Kiezen gepflanzt werden.
Bis 2040 sollen in Berlin 500.000 neue Bäume gepflanzt werden.
Davon kommen bis zu 40.000 in Marzahn-Hellersdorf.

Hitze-Schutz

Heiße Sommer sind gefährlich, besonders für alte und kranke Menschen.
Es sollen mehr kostenlose Trinkwasser-Spender aufgestellt werden.
Kühle Orte sollen ausgewiesen werden.
Ein Freibad, neue Planschen und Wasser-Spielplätze sollen in Marzahn-Hellersdorf gebaut werden.
Der bereits von der BVV beschlossene Hitze-Schutz-Aktionsplan soll endlich umgesetzt werden.

Wirtschaft zukunftsfähig entwickeln

Betriebe und Handel gehören zum Bezirk.
Sie brauchen bezahlbare Gewerbe-Flächen.
Gewerbe-Fläche bedeutet: Räume, in denen Betriebe arbeiten können.
Die Linke will die Mieten für Gewerbe-Räume begrenzen.
Leerstehende Einkaufs-Center sollen sinnvoll genutzt werden.
Sie sollen zu Kiez-Zentren mit Läden, Kitas und Bibliotheken werden.

Das Zusammenarbeiten von Wirtschaft, Wissenschaft und Schulen soll gefördert werden.
Digitale Netze sollen flächendeckend ausgebaut werden.

Kultur ist wichtig

Kultur ist ein grundlegender Teil des Lebens.
Sie soll für alle Menschen zugänglich sein.
Alle Kultur-Orte im Bezirk sollen erhalten werden.
Dazu gehören das Freizeitforum Marzahn und das Kino Kiste.
Auch das Theater am Park in Biesdorf soll saniert werden.
Schloss Biesdorf soll kostenlos zugänglich bleiben.

Das Bezirks-Museum soll mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommen.
Bibliotheken sollen ausgebaut werden.
Am Elsterwerdaer Platz soll eine neue Bibliothek entstehen.
Mindestens eine Bibliothek soll am Wochenende geöffnet sein.

Sport-Angebote stärken

Sport verbindet Menschen.
Er soll für alle zugänglich sein.
Sportangebote für Menschen mit Behinderungen sollen gefördert und unterstützt werden.
Die Linke will das Sportvereine und Schulen finanziell unterstützt werden.
Zum Beispiel bei der Ausbildung von Trainern für REHA-Sport.
Oder bei dem Kauf von Sportgeräten.
Zum Beispiel absenkbare Basket-Ball-Körbe für Roll-Stuhl-Sport.

Viele Sport-Hallen im Bezirk sind kaputt.
Sie sollen dringend saniert werden.
Kinder und Jugendliche sollen ihren Schul-Sport machen können.
Ein Kombi-Bad aus Frei- und Hallenbad soll gebaut werden.
Das Bad soll am Jelena-Šantić-Friedenspark entstehen.

Kein Kind soll die Grundschule ohne Schwimm-Kenntnisse verlassen.

Freie Sport-Flächen in Parks sollen ausgebaut werden.
Dazu gehören Tischtennis-Platten, Skate-Parks und Angebote mit Senioren-Sport-Geräten.

E-Sport soll als soziales Angebot anerkannt werden.
E-Sport bedeutet: Spielen von Video-Spielen als Sport.
Gemeinnützige E-Sport-Vereine sollen gefördert werden.
So können Jugendliche gemeinsam spielen, ohne viel Geld auszugeben.